

XXIV. GP.-NR

9834 /J

**ANFRAGE**

16. Nov. 2011

der Abgeordneten Josef A. Riemer  
und weiterer Abgeordneter  
an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur  
betreffend linksextreme Gewalttäter im öffentlichen Dienst.

Am 22. November 2007 veranstaltete die Grazer FPÖ eine Diskussionsveranstaltung zum Thema: „Der ‚rechte‘ Weg für Europas Städte - Kommunale Entwicklungen zwischen Bürgerfreiheit und Ghettogesellschaft“. Im Zuge einer rechtswidrigen - weil nicht angezeigten - Protestveranstaltung versuchten mehrere verummumte Demonstranten, Gäste der FPÖ Veranstaltung am Betreten des Veranstaltungsgebäudes zu hindern. Unter den linken Randalierern befand sich auch Mag. Christoph Spitaler - Lehrer einer steirischen Schule. Dieser war, wie auf einigen Fotos zu erkennen ist, am „Gerangel“ mit der Exekutive beteiligt.  
Abg. z. NR Dr. Kurzmann hat diese Thematik betreffend in der 23. Gesetzgebungsperiode die Anfrage 3358/J an sie gestellt.

In der Anfragebeantwortung 3191/AB schreiben sie:

"

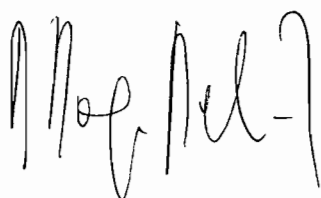
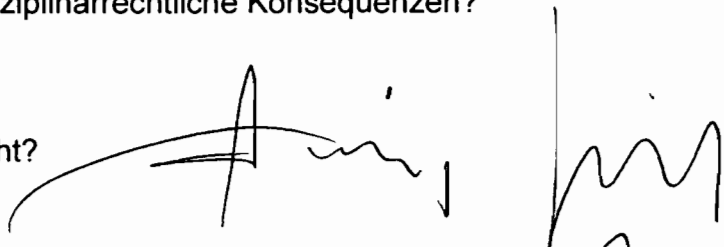
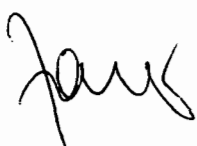
Sobald nähere Informationen seitens der Strafverfolgungsbehörden bzw. Entscheidungen der Gerichte vorliegen, wird durch die zuständigen Stellen jedenfalls eine entsprechende dienst bzw. disziplinarrechtliche Würdigung vorgenommen

"

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur folgende

**Anfrage**

1. Welche Informationen der Strafverfolgungsbehörden bzw. Entscheidungen von Gerichten liegen nun vor?
2. Gab es dienst-bzw. disziplinarrechtliche Konsequenzen?
3. Wenn ja, welche?
4. Wenn nein, warum nicht?


AR

